



Am Ziel vorbei Wahl 2013: Die Volksparteien schaden der Mittelschicht

Ihr wählt euch ab

Schizophrenie Die deutsche Mittelschicht schrumpft und wählt dennoch munter weiter jene Volksparteien, die den Sozialstaat schröpfen. Warum tut sie das eigentlich?

■ Philipp Wurm

Angela Merkel sagte das Mantra auf, als sie den Delegierten auf dem CDU-Parteitag im vergangenen Dezember zurief: „Wir sind die Volkspartei der Mitte.“ Ihr Rivale Peer Steinbrück versprach ein paar Tage später dasselbe: „Ich will die Deutungshoheit in der politischen Mitte zurückgewinnen.“ Anschließend wählten die Genossen ihn zum Kanzlerkandidaten.

Die Mitte: So lautet das neue, alte Zauberwort. Viele Politiker hoffen, dass es Wunder bewirken kann. Und so ist im nun beginnenden Bundestagswahlkampf der Kampf um diesen nebulösen Ort erneut ausgebrochen. Wahlen, heißt es immer wieder, gewinnt man nur in der Mitte.

Aber eine Mitte ist weder rechts noch links, weder oben noch unten. Sie hört sich irgendwie nach Maß und Verstand an, nach Harmonie und Ausgleich. Wer aber gehört zu dieser Mitte? Und: Was will diese Mitte eigentlich?

Der römische Dichter Horaz hat das Wort für alle Ewigkeit sprichwörtlich gemacht, als er in seinen Oden für die „goldene Mitte“ warb. Für einen Lebensstil, der sich „vom Schmutz der verfallenen Hütten“ ebenso fernhält wie „vom Prunk des Hofes, der nur Neid erweckt“. Das soziale Gehege, in dem sich diese unverdorrene Durchschnittlichkeit eingerichtet hat, ist in den westlichen Industrieländern die sogenannte Mittelschicht geworden. Sie ist gemeint, wenn Politiker von der Mitte reden.

Eigentlich aber ist sie eine Sicherheitszone, die der Politikwissenschaftler Herfried Münkler als „Zentrum“ charakterisiert, „um das sich alles dreht und auf das hin fast alles gedacht und gemacht wird“. In dieser Sicherheitszone tummeln sich Beamte und kleine Unternehmer, Facharbeiter und Ingenieure, Handwerker und Kreative. Sie sind die Adressaten der gebetsmühlenartigen Beschwörungen aus der politischen Sphäre: die Max Mustermann und Ottobormalverbraucher. Die großen Wählerbauteilone der Volksparteien.

Eine Gruppe, so unüberschaubar wie ein Menschengewimmel in der Fußgängerzone an einem verkaufsoffenen Sonntag. Für Soziologen schwer zu fassen. Es gibt nur ein Kriterium, das wissenschaftlich einigermaßen stichfest ist: das Einkommen. Nach dieser Definition zählt zur Mittelschicht, wer zwischen 70 und 150 Prozent vom Einkommensmedian verdient. Das sind Singles mit einem Monatseinkommen zwischen 1130 und 2420 Euro oder Familien mit zwei Kindern unter 14 Jahren und einem Budget von 2370 bis 5080 Euro.

Eine Mega-Kohorte, die schrumpft

Wenn es etwas gibt, das diese Mega-Kohorte jenseits ihrer Kontoguthaben ein, dann ist es ihre Pathologisierung. Die Mitte, sie zittert, schrumpft, stürzt ab. Keine Woche vergeht, ohne dass ihr Siechtum festgestellt wird. Und die Sorgen sind begründet: Statistiken belegen, dass die Mittelschicht schrumpft. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und die Universität Bremen haben im Dezember 2012 eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung veröffentlicht, die eine Verkleinerung des Mittelschichtbauches diagnostiziert. Im Jahr 1997 sie gehörten noch 52,8 Millionen Deutsche dieser Mitte an, 2010 waren es nur noch 47,3 Millionen – ein Rückgang von 65 Prozent der Bevölkerung auf 58,5 Prozent.

Die Gründe dafür liegen in erster Linie in einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: Die Reallohne sind gesunken, die Zahl sozialversicherungspflichtiger Vollzeitjobs hat abgenommen. Sozialleistungen wie das Wohngeld wurden nicht an die Inflation angepasst. Außerdem rücken immer weniger Aufsteiger aus unteren Einkommensregionen in die Mitte nach.

Die Mittelschicht ist so groß, sie ist die bestimmende Autorität an der Wahlurne

Zum Beispiel Gerhard Schröders rot-grüne Koalition. Sie hat in ihrer Regierungszeit jenen Niedriglohnsektor erst erschaffen, in den jetzt Angehörige der unteren Mittelschicht abrutschen. Mit der Einführung von Hartz IV wurde die abstrakte Angst vor dem sozialen Absturz real. Gleichzeitig wurden den Eliten aus Banken, Konzernen und reichen Familiendynastien Steuergeschenke gemacht. Anstatt aber bei den anschließenden Wahlen gegen den Entzug ihrer Pfründe zu votieren, hat die Mittelschicht im Jahr 2005 mit der Großen Koalition und vier Jahre später mit Schwarz-Gelb Bündnisse gewählt, die dieser Politik die Treue hielten. Der Soziologe Steffen Mau resümiert: „Die Mittelschicht trägt eine Mitschuld daran, dass ihre eigene Schwächung in Gang gesetzt wurde.“

Diese Schizophrenie hat ihre Ursache im Wesenskern der gesellschaftlichen Mitte, in ihrem Selbstverständnis als Leistungslokomotive. Fleißig, strebsam und Motor allen Aufschwungs. Dieses rosarote Selbstbild wird der Mittelschicht unaufhörlich eingetrichtert: von Wirtschafts- und Industrielobbyisten, besonders aber von den Politikern selbst.

Diese Streicheleinheiten haben zur Selbstüberschätzung geführt, zu dem Irrglauben, unverwundbar zu sein und auf Sozialleistungen verzichten zu können. Diese breitbeinige Haltung findet ihren Wiederhall im Wahlverhalten, im Votum für eine politische Linie, die den Sozialstaat aushöhlt.

Dabei ist die Mittelschicht sehr wohl auf die Zuwendungen des Staates angewiesen – ob Kindergeld, Rentenzuschüsse, Bafög oder Hilftansfers in beruflichen Durchrephasen. Dennoch hat sie dessen Abbau goutiert. Die Journalistin Ulrike Herrmann hat diese Hybris in ihrem Buch *Hurra, wir dürfen zahlen – der Selbstbetrug der Mittelschicht* unsentimental beschrieben. Ein Symptom dieser Überheblichkeit ist die Diffamierung jener, die sich am Exzess der „überhöhten Leistungsideale“ (Steffen Mau) nicht beteiligen. 57 Prozent der Deutschen sind laut einer Umfrage von 2009 der Meinung, dass sich Langzeitarbeitslose „ein schönes Leben auf Kosten der Gesellschaft machen“.

Wie aber kommt die erfolgreiche Abänderung der Parteien gegenüber der Mitte zustande? Wer mehr darüber wissen will, wie die Volksparteien jene Mitte taxieren und ihre Seele erkunden, muss einen Abstecker ins Konrad-Adenauer-Haus, die

Schaltzentrale der CDU, machen. Die Union hat ihren Parteianamen schließlich im Jahr 2007 um den Slogan „Die Mitte“ ergänzt. Seither steht er überall, ob auf den Bühnenbildern der Parteitage oder auf der Website.

Simone Großner bittet in ihr Büro. Die 35-Jährige ist die Leiterin der „Strategischen Planung“, eine Art Think Tank, der die CDU-Führungsriege vom Generalsekretär bis zum Parteivorstand mit Ideen für die öffentliche Inszenierung versorgt.

Sie reicht ein Papier mit einer Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen über den Tisch. Gefragt wird darin nach der „Selbsteinschätzung im politischen Spektrum“, zu sehen ist eine Skala von links bis rechts. Der höchste Wert befindet sich exakt im Zentrum, er liegt bei 40 Prozent. An den Rändern franst die Skala in einstelligen Niedrigwerte aus. Artig sagt Großner ihren Spruch auf: „Wahlen werden in der Mitte gewonnen.“ Und um zu erklären, wer sich hinter dieser statistischen Mitte verbirgt, zitiert sie leicht abgewandelt den ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton: „The people who work hard and play the rules“. Die Leute, die hart arbeiten und sich an die Spielregeln halten. Feierlich sagt sie das. Wie eine Hommage.

Die CDU streicht Balsam übers verunsicherte Herz des Kleinbürgers. Sie betont seinen Anstand und seine charakterliche Größe, und er findet sich in dieser schmeichelhaften Projektion gerne wieder. Das ist der Pakt, den sie mit den Max Mustermannern der Republik geschlossen hat: Ich lobe dich, und du gibst mir deine Stimme. Die CDU ist die Dompfeuse des Kleinbürgers. Das mag aus machtpolitischer Sicht legitim sein, doch hinter der warmen Oberfläche lauert die soziale Kälte. Mit den Schmutzdelkindern und den Außenseitern nämlich will man nichts zu tun haben; stattdessen schürt die Partei die Ressentiments gegen Gruppen aus den sozialen Randlagen. Das Lob für den Fleiß der Mittelschicht ist stets janusköpfig: Im Umkehrschluss bedeutet es, die anderen sind faul.

Die SPD und Schröders „Neue Mitte“

Und es gibt noch eine weitere Karte, die die Parteien beim Ringen um die Gunst der Mitte ausspielen. Sie ist auf der Vorderseite freundlich und auf der Rückseite hinterhältig. Ihr geistiger Vater: auch Gerhard Schröder. Seine SPD hat die „Neue Mitte“ geprägt, ein im Wahlkampf 1998 eingeführter Begriff für eine Politik, die auf einen bürgerlichen Mainstream zielte und die lahrende Volkswirtschaft auf Trab bringen sollte. Optimistisch und aufbruchsfreudig wie eine Klettergruppe, die ohne Absicherung die Felswand hochsteigt.

Heute nun, anderthalb Jahrzehnte später, soll ausgerechnet ein Haudegen von damals den neuen Mitte-Sound der SPD kreieren. Michael Donnermeyer war bereits 1998 in ebenjener sozialdemokratischen Wahlkampfzentrale Kampa tätig, die die Mär von der „Neuen Mitte“ unter Volk gebracht hat. Heute ist er Peer Steinbrücks Sprecher und Wahlkampfleiter. „Das Mittema von heute ist die kollektive Sehnsucht nach Zusammenhalt“, erklärt er. „Mehr, wir‘ statt ‚ich‘ lautet die Formel.“

Donnermeyer und seine Kollegen durchleuchten den Bürger und seine Gefühlslage, ähnlich wie die CDU, mithilfe demoskopischer Erhebungen. Aus diesen Untersuchungen weiß die SPD offenbar, dass die Persönlichkeit des Mittelschichtbürgers doch nicht so unverletzlich und kraftstrotzend ist, wie es die Erzählung nahelegt. Sich selbst überlassen in einem entfestelten Wirtschaftssystem, geplagt von unsicheren Arbeitsplätzen und sinkenden Reallohnen, will sie jetzt nach einem rettenden Anker greifen.

Wer aber erwartet, dass die SPD deshalb nun sozialdemokratische Werte wiederentdecken und zum Beispiel Selbstkritik an der Agenda 2010 üben würde, liegt falsch. Michael Donnermeyer sagt: „Es erweist sich, dass die Agenda-Politik in der grundsätzli-



So glücklich und zufrieden lebt es sich in der Mitte

FOTO: THOMAS HERTZ/STOCK/REUTERS

chen Orientierung auf Reformfähigkeit des Landes richtig war. Deutschland ist heute die Lokomotive in Europa.“ So bleiben die Solidaritätsnoten der Steinbrück-SPD bloß heiße Luft. Dabei ist die Skepsis über den Kapitalismus in die Mitte der Gesellschaft gerückt. 41 Prozent der Bundesbürger glauben mittlerweile, dass sich die „soziale Marktwirtschaft“ nicht bewährt hat. Im Jahr 1994 lag der Wert noch bei 20 Prozent.

Was aber sagt Max Mustermann selbst? Ein Besuch in Haßloch, einem Kaff mit 20.000 Einwohnern im südlichen Rheinland-Pfalz, das aussieht, wie Modelleisenbahner ihre Welt gestalten: im Zentrum ein Marktplatz, daneben das Rathaus und eine Kirche aus dem 18. Jahrhundert, drum herum lauter Giebelhäuser.

Die Mitte-Sehnsucht steht für die Suche nach einem Zusammenhalt

Haßloch gilt als einer der repräsentativsten Gemeinden Deutschlands. Kaufkraft, Altersstruktur und Sozialgefüge sind in diesem Dingenskirchen so durchschnittlich, dass die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in den hiesigen Supermärkten Produkte testet, die noch nicht auf dem Markt sind, vom Waschmittel bis zum Kaugummi.

Man will sich doch etwas leisten können

Hier versucht Antonio Di Noi als kleiner Unternehmer den deutschen Traum zu leben: Der 48-Jährige arbeitet bis zu 14 Stunden am Tag, seit vier Jahren hat er keinen Urlaub bekommen. Dafür kann er sich ein Haus und einen Audi A4 leisten. Außerdem genießt er den Ruf, ein tüchtiger Geschäftsmann zu sein. Für all das würde die CDU ihn lieben. Natürlich ist Antonio Di Noi Stammwähler der Union.

Im Ortskern von Haßloch betreibt er einen Laden für Wohn Einrichtung, fünf Angestellte arbeiten für ihn. Ein zweistöckiger Basar voller plüschigem Provinzbarock: Gardinen, Kissen, Sofas in gedeckten Farben, dazwischen Buddha aus Steinguss und Kerzenständer, unzählige Kerzenständer. Insignien einer verstörten Mittel-

schicht, die den Rückzug ins Private antritt und ihr Zuhause wie eine Wellness-Oase einrichten möchte. Der Junggeselle Di Noi sagt, der Wohntrend der Stunde sei „Cocooning“, Das liege an der Finanzkrise: „Die Leute wollen sich etwas Gutes tun.“

Wer mit ihm spricht, erlebt einen Zweckoptimisten, der weiter an die Gesetze der Mittelschicht glauben möchte. Er selbst sieht sich als bestes Beispiel: ein Babyboomer, dessen Vater italienischer Gastarbeiter war und dessen deutsche Mutter sich mit Gelegenheitsjobs durchschlug, der nach seinem Hauptschulabschluss eine kaufmännische Lehre absolvierte und sich später selbstständig machte, immer angezogen von dem Verlangen, „sich später etwas leisten zu können“.

Doch brechen immer wieder Zweifel auf, ob die Verheißung vom „Wohlstand für alle“ heute noch gilt. Er erzählt von der Tafel in Haßloch und den Schlangen, die sich dort bilden. Er könne sich nicht erinnern, dass es Mittagstische für Arme hier, abseits der Großstadt, früher auch gegeben habe.

„Wie kann das in einem so reichen Land möglich sein?“ Ihn beschleicht das Gefühl, dass etwas nicht stimmt: „Ich stelle mir die Gesellschaft wie eine Leiter vor. Es gibt vier Tritt unten, einen Tritt oben und einen in der Mitte. Der Tritt in der Mitte hat ei-

Niedersachsen: eine kleine Bundestagswahl

Die Wahl in Niedersachsen am 20. Januar ist auch ein Testlauf für die Bundestagswahl im September. Kein Wunder also, dass CDU, FDP, SPD, Grüne und Linke heftig um die Mehrheit im Landtag an der Leine rangeln. Aber selbst im ländlich geprägten Niedersachsen gilt: Nur wer

etwas unter dem Ergebnis von 2008 (42,5 Prozent). **Größtes Problem:** Der Koalitionspartner FDP schwächelt.

FDP: Den Liberalen droht eine Zitterpartie. Sie haben es im Wahlkampf nicht geschafft, in den Umfragen über fünf Prozent zu kommen. Scheitern sie, ist nicht nur die schwarz-gelbe Koalition am Ende. Auch der Machtkampf in der Bundes-FDP wird wieder aufflammen. **Größtes Problem:** Voreilige Philipp Rösler.

SPD: Spröde ist er und für einen Spitzenkandidaten immer noch erstaunlich unbekannt. Stephan Weil, OB von Hannover, ist der personalisierte Anti-Schröder. Geschadet hat es der SPD nicht: Er kann mit einem

Stimmzuwachs für seine Partei rechnen. Das dürfte auch Peer Steinbrück freuen. **Größtes Problem:** Er braucht für alles etwas mehr Zeit.

Grüne: Im Endspurt gab es Ärger um ein beleidigendes Gedicht über Beschneidung. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sagte daraufhin einen Wahlkampfauftritt ab. Trotzdem kann es für Rot-Grün reichen, auch weil der Partei fast eine Verdoppelung ihres Wahlergebnisses prognostiziert wird. **Größtes Problem:** voreilige Siegesgewissheit.

Linke: Eigentlich war die Partei abgemeldet. Doch die letzte Umfrage vor der Wahl sah sie doch im Parlament. **Größtes Problem:** Wie ernsthaft will die Partei eine Regierungsbeteiligung wirklich? gras

nen Bruch bekommen.“ Trotzdem will er im Herbst wieder CDU wählen. Auch wenn es fraglich sein mag, ob sie die richtige Partei ist, um den beschädigten Tritt in der Mitte der Leiter zu reparieren.

Vielleicht gibt er der Union deshalb erneut seine Stimme, weil sie jemanden wie ihn in Sonntagsgreden um den Daumen wickelt und stark redet. Vielleicht, weil man als Unternehmer keine linken Parteien wählt. Vielleicht, weil er sich nicht eingestehen möchte, dass es die Parteien der Mitte verbrockt haben.

Fest steht, dass die Mittelschicht lernen muss, sich von alten Gewissheiten zu verabschieden. Ihre Vorstellung von einem guten Leben, der Akkumulation von Status und Besitz, das alles ist nicht mehr so leicht zu verwirklichen wie zu Zeiten der alten Bundesrepublik. In einer Welt neuer Wirtschaftsmächte wird ihre Ration vom globalen Wohlstandskuchen allenfalls stagnieren. Die ökologischen Kosten unseres Lebensstils, die Verschwendung natürlicher Ressourcen, sind sowieso nicht mehr zeit-

ben, das sich die Propheten einer Bourgeoisie der moralischen Aufrüstung kaum schöner ausmalen könnten: Sie übernimmt Verantwortung und ist engagiert. Die Frau mit einer warmen Stimme und mütterlicher Geduld gibt kostenlos Englisch-Kurse im Kindergarten, einen Krabbelgottesdienst in der Kirchengemeinde, und sie ist im Förderverein der Grundschule aktiv. Anna S. hält Gesamtschulen für den richtigen Weg, um das Ständedenken zu überwinden und Arbeiterkinder ans Abitur heranzuführen. Sie wählt die Grünen.

Katrin Göring-Eckardt ist die neue Ikone

Ihr Mann, ebenfalls Lehrer, macht sein Kreuz meist bei der CDU. Die Politikerin, auf die sie sich beide einigen können, ist Katrin Göring-Eckardt. Die Coolness ihrer Generation, den Anything-Goes-Jugendlichen der neunziger Jahre, hat sie ohne Trennungsschmerz abgestreift. „Wir wollen auf keinen Fall Spießler sein. Jetzt sind wir alle Spießler geworden, und ich bin sehr zufrieden damit.“

Ihr Leben klingt wie die Erfüllung der Träume von der neuen Bürgerlichkeit. In Wirklichkeit zeigt es aber: Das Szenario einer Zivilgesellschaft, deren öffentliches Engagement der Mittelschicht wieder Form und Halt gibt, ist illusionär.

Denn Anna S. und ihr Faible fürs Gemeinwohl bleiben auf ihren eigenen, privilegierten Umkreis beschränkt. Ihre Ehrenämter verrichtet sie nur dort, wo ihr Kinder verkehren, an deren Kindergarten, Schule und Gemeinde. Widersprüche zwischen Selbstanspruch und Wirklichkeit kommen hinzu: Die Gesamtschule hält sie für ein gutes Modell, ihre Kinder möchte sie doch am liebsten aufs Gymnasium schicken. Sie registriert, im Bekanntenkreis häufig nur unter Gleichgesinnten zu sein, unter Leuten aus dem gebildeten oder wohlhabenden Bürgertum. Sie ist ja auch in ein abgeschnittenes Wohnviertel der Bessergestellten gezogen, das sie selbstironisch als „Wohlstandsghetto“ bezeichnet.

Es wäre verkehrt, all dies Anna S. vorzuwerfen. Dennoch ist ihr Beispiel ein klares Signal: Viele derjenigen, die als Avantgarde einer neuen Mittelschicht gefeiert werden, begrenzen ihren Samariterdienst auf ihren Mikrokosmos. Ebenso wenig überzeugt die Forderung nach einer neubürgerlichen Spender- und Stifterkultur. Es ist obszön, von einer geschwächten Mittelschicht eine derartige Selbsthilfe zu verlangen. Und von der vermögenden Oberschicht, den Profiteuren der vergangenen Jahre, freiwillige Spenden einzusammeln, ist indiskutabel, weil es eine Wiederkehr des Feudalismus bedeuten würde. So etwas macht aus Eliten neuzeitliche Fürsten, von deren Gnaden öffentliche Güter erhalten bleiben.

Stattdessen muss der Staat die Mission übernehmen, die Mitte zu retten. Dafür aber müssten die Menschen aus der Mitte ihr Wahlverhalten überdenken. Das bedeutet, für eine Politik zu stimmen, die ein durchlässiges Bildungssystem schafft; die gesetzliche Mindestlöhne einführt und kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlastet; die Unternehmer in die Pflicht nimmt, ihre Arbeitnehmer mittels Lohnzuwächsen an Gewinnen zu beteiligen; die der Oberschicht eine Vermögenssteuer und eine erhöhte Erbschaftsteuer abverlangt. Soziale Aufsteiger, Einkommenszuwächse und steigende Kaufkraft – nur so könnte der abgemagerte Mittelschichtbauch wieder dicker werden. Dafür muss die Mittelschicht aber von ihrem hohen Ross herunter. Sie muss eben zugeben, verwundbar zu sein.

Philipp Wurm hat selten eine Recherche erlebt, bei der die Menschen sich so Gesprächig zeigten. Über die Mitte redet man offensichtlich gern. Bei seiner letzten *Freitag*-Titelgeschichte „Deutsche Söldner“ war das leider nicht so einfach